

Leitl: Regierung ist aufgefordert, EU-Kommunikation zu verstärken

Utl.: WKÖ-Informationenkampagne "Europaschirm" wird 2012 fortgeführt
- bis dato mehr als 345.000 Besucher - offene und sachliche
Diskussion ist wichtiger denn je =

Wien (OTS/PWK003) - "Die Euro-Schuldenkrise, in deren Windschatten das europäische Einigungsprojekt insgesamt ins Gerede gekommen ist, zeigt: Umfassende und sachliche Informationen in Sachen EU sind wichtiger denn je. Die Bundesregierung ist aufgefordert, hier noch stärker aktiv zu werden", betont Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl und zieht zugleich eine positive Bilanz über die EU-Informationenkampagne der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), die seit Juni 2008 unter dem Titel "Europaschirm" läuft.

Was kann, was darf, was muss Europa in der Schuldenkrise tun? Wie geht es mit dem Euro weiter? Was bringt die EU jedem einzelnen? Diese und andere Fragen brennen vielen Österreicherinnen und Österreichern unter den Nägeln. "Antworten darauf und Informationen zu vielen weiteren Themen rund um die Europäische Union bietet das Expertenteam des Europaschirms und leistet damit einen Beitrag dazu, oftmals ungerechtfertigte Vorurteile gegenüber 'der EU' abzubauen", so Leitl. "Vielfach hat die Skepsis der Menschen gar keinen realen Hintergrund, sondern hängt mit den vielen Legenden und Mythen zusammen, die über die EU kursieren. Mehr Information ist daher dringend geboten."

Im abgelaufenen Jahr 2011 gab es österreichweit exakt 109 Veranstaltungen wie Markttag, Stadt- und Gemeindefeste, Kirtage oder Sport-Events, bei denen der "Europaschirm" gastierte. Seit dem Start der Informationskampagne im Juni 2008 konnten bei insgesamt 541 Einsätzen summa summarum mehr als 345.000 Besucher gezählt werden. Auch für 2012 sind bereits Dutzende Termine fixiert. Weitere Buchungen werden gerne entgegen genommen (weitere Informationen unter <http://wko.at/eu>).

Gestartet wurde die WKÖ-Informationenkampagne, deren Markenzeichen ein blauer Europaschirm ist, gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt, dem Österreichischen Gemeindebund und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik im Juni 2008, nachdem die EU-Stimmung einen Tiefpunkt erreicht hatte. Das Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten und die Vertretungen der EU-Kommission

und des Europäischen Parlamentes in Wien sowie die Europäische Föderalistische Bewegung unterstützen das Projekt.

Um die öffentliche Meinung zur Europäischen Union in der Bevölkerung zu verbessern, sollte die Kommunikation über die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der EU- und Euro-Mitgliedschaft auch seitens der Regierung verstärkt und ein österreichweiter Europa-Bürgerdialog gestartet werden, fordert die Wirtschaftskammer. "Ungeachtet der aktuellen Probleme ist und bleibt die EU unsere Lebensversicherungspolizze in der globalisierten Welt. Das muss die Regierung den Bürgern noch stärker vermitteln. Gerade jetzt ist es wichtig, Europa nicht den Populisten zu überlassen", so Leitl abschließend. (SR)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung EU-Koordination
MMag. Christian Mandl
T:(+43) 0590 900-4316, F:(+43) 0590 900-224
mailto:eu@wko.at
<http://wko.at/eu>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0055 2012-01-03/10:58

031058 Jän 12

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120103_OTS0055